

## LEITARTIKEL



Von Andreas Niesmann

## Deutschland bekennt sich

Es ist eine schöne Bescherung, die die große Koalition da kurz vor Weihnachten bereitet hat. Und dieser Satz ist nicht einmal ironisch gemeint. Das allein will schon etwas heißen nach einem Jahr, in dem es erst eine lange Phase der Regierungsbildung gab und dann eine noch längere der Regierungsauflösung. Mit dem Einwanderungsgesetz für Fachkräfte hat die Koalition zurück in den Arbeitsmodus gefunden. Und sie hat bewiesen, dass sie noch Kraft findet, Kompromisse zu schließen und durchzusetzen. Das ist die gute Nachricht.

Noch wichtiger aber ist die Botschaft, die über den Tag hinausreicht. Deutschland bekennt sich endlich dazu, eine Einwanderungsgesellschaft zu sein. Und es bekommt ein Einwanderungsrecht, das diesen Namen verdient. Damit endet ein jahrzehntelanger Streit, der viel zu oft ideologisch und viel zu selten auf der Basis von Fakten geführt worden ist. Denn auch wenn rechte Politiker es gerne bestreiten: Einwanderung hat in der deutschen Geschichte immer stattgefunden. Ob Hugenotten, Ruhrgebiets-Polen, Gastarbeiter, Spätaussiedler oder Flüchtlinge – Einwanderer haben das Land und seine Kultur beeinflusst, manchmal auch geprägt. Das Gesetzespaket der Regierung trägt dieser Geschichte Rechnung: Deutschland macht sich endlich ehrlich.



Integration ist ein mühsamer, manchmal auch schmerzhafter Prozess.

Es wurde höchste Zeit. Denn der Umgang mit Einwanderern ist nicht nur eine Frage der politischen Kultur, sondern auch eine der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit. Längst ist der Fachkräftemangel zum größten Hemmschuh des deutschen Wachstums geworden. Das gilt für nahezu alle Branchen: Ärzte, Handwerker, Bauarbeiter, Pflegekräfte – selbst Lkw-Fahrer werden knapp. Jede unbesetzte Stelle sorgt dafür, dass die Wirtschaft ihre Potenziale nicht ausschöpfen kann, und kostet am Ende Wohlstand. Auch die Bevölkerung leidet: Wenn etwa Ärzte oder Pflegekräfte fehlen, bekommen Patienten in Not das unmittelbare zu spüren. Das Einwanderungsgesetz bietet die Chance, endlich gegenzusteuern.

Der Ansatz, Integration über den Arbeitsmarkt zu denken, ist richtig. Menschen, die täglich acht Stunden zusammenarbeiten, brauchen keine verkopften Multikulti-Theorien, um einander näherzukommen. Und sie sind weniger empfänglich für die dumpfen Parolen der Fremdenfeinde von rechts. Ab einem gewissen Zeitpunkt sind sie einander einfach nicht mehr fremd. Damit erledigt sich manch ein Problem.

Wohlgeachtet: Die Debatte um Migration ist mit dem Gesetzespaket nicht vorbei. Integration ist ein mühsamer, manchmal auch schmerzhafter Prozess. Es wird Rückschläge geben und Fälle, in denen alle Bemühungen scheitern. Die Koalition hat kein Allheilmittel beschlossen, sondern einen Prozess in die Wege geleitet. Mehr kann eine Regierung nicht tun. Jetzt sind die Menschen an der Reihe.

## SPEAKERS' CORNER



Von Claus Leggewie

## Das neue Naturgesetz

Ein neues Gespenst geht um in Europa. Es heißt Digitalisierung. Es ist überall – und doch nicht zu fassen. Kaum eine politische Debatte, kaum ein Privatgespräch kommt ohne dieses Schlagwort aus. Seine wahre Bedeutung allerdings wird selten erklärt.

Die einen preisen die Digitalisierung als Garanten der Zukunft, die anderen verdammen sie als Jobkiller. Aber beide Lager weisen ihr die Urgewalt eines Naturgesetzes zu, dem der analoge Mensch sich nur noch fügen kann. Dieser Zirkel fabuliert von 5G und Smart Cities, jener von selbstfahrenden Autos und Whiteboards in Klassenzimmern, der dritte von Robotern und der Industrie 4.0.

Wikipedia, als Online-Enzyklopädie selbst ein Kind der „digitalen Revolution“, definiert Digitalisierung im Kern als Umwandlung analoger Werte in digitale Formate: das Negative eines Fotos, ein Diapositiv, eine Tonbandaufnahme, eine Schallplatte oder ein gedruckter Text werden in ein binäres Signal (0 oder 1) umgewandelt, das gespeichert, weiterbearbeitet und in analoge Formate zurückverwandelt werden kann. Die genannten Erfindungen und Infrastrukturen sind Anwendungen dieser technischen Operation, die in der Theorie seit Jahrhunderten präsent ist, dank der Rechenkapazität elektronischer Datenverarbeitung und der Steuerung durch Algorithmen nun aber eine immense Erweiterung und Beschleunigung erfahren hat. Damit soll dann alles klar sein.

Ist es eigentlich zu spät, eine digitale Erzählung zu reklamieren, die sozialverträglich gedacht wird und von Beginn an allen Menschen dient?

Claus Leggewie ist Politikwissenschaftler und Publizist.



## Verboten: Wattestäbchen

Oben und unten sanfte Watte – dazwischen biegsamer Kunststoff. Unnötig, befindet die EU. Denn es gibt Alternativen: Ohrputzer mit einem Stäbchen aus Pappe tun ihren Dienst genauso gut. Effekt: Bei jährlich rund neun Milliarden Polypropylenstäbchen, die allein in Deutschland verbraucht werden, ergibt sich eine Plastiksparsparnis von rund 4500 Tonnen – so viel wie etwa 4000 Kleinwagen.

FOTO: COLONEL/ISTOCK

FOTO: WABENO/ISTOCK

Von Sonja Fröhlich

Plastikmüll, das weiß inzwischen jeder, ist überall, sogar am nördlichsten Punkt der Erde. Doch wenn die Touristen nach Spitzbergen oder Grönland kommen, wenn ihr Schiff an den klirrenden Eiswüsten vorüberzieht, wenn sie die märchenhaften Skulpturen aus Schnee bestaunen, dann wirken die Berge, die in ungewöhnlichen Farben leuchten, gewaltig. Es sind Plastikhaufen in Rot, Grün, Gelb, Blau.

„Jeder, der das sieht, ist erst einmal nachhaltig geschockt. An manchen Stellen ist es so unglaublich schmutzig wie in den Tourismushochburgen am Mittelmeer – obwohl hier doch kaum ein Mensch lebt“, sagt Birgit Lutz.

Die Schriftstellerin und Expeditionsleiterin aus Neumark in Oberbayern ist seit zehn Jahren in der Arktis unterwegs, 15-mal hat sie schon den Nordpol erreicht. Regelmäßig begleitet die 44-Jährige Segeltörns zum zweitkältesten Ort der Erde. Wenn die Touristen an Land gehen, nehmen sie große Säcke mit, um wenigstens einen Teil des Unrats einzusammeln.

Irgendwo in der Welt ist der Müll einmal ins Meer geweht – oder absichtlich hineingeworfen worden. Alles liegt herum, was vorstellbar ist: Plastikflaschen und Kunststoffbestecke, Zahnbürsten und Strandlatschen, Barbiepuppen und Bälle, Unmengen von Verpackungsbändern aus Kunststoff.

Ein großer Teil des Unrats stammt von der Schifffahrt, die angeschwemmten Fischernetze und Kabel bilden zusammen mit den Plastikbändern mächtige Knäuel, in denen sich Tiere verfangen können. Manchmal hängen Skelette und Knochen daran – Zeugnisse qualvoller Todeskämpfe. Einmal entdeckten Birgit Lutz und die anderen Sammler Schädeldecken von sieben Rentieren im Geflecht. Die Tiere hatten sich offenbar so aussichtslos darin verheddert, dass Eisbären sie in aller Ruhe verspeisen konnten. „Diese Vorstellung hat mir die Tränen in die Augen getrieben“, sagt Lutz.

Auch das bringt manche zum Heulen: Offenbar gibt es keinen Ort mehr in der Welt ohne Plastikmüll, ob zu Lande, zu Wasser oder in der Luft. Am größten wirkt die Plastikpest im Wasser, der Unrat schwimmt wie ein Boot auf der Oberfläche, verschandelt die Strände selbst abgelegener Inseln, durchsetzt das arktische Meeres, liegt im Magen von

Walen oder tief am Meeresgrund. 150 Millionen Tonnen Müll, so offizielle Schätzungen, sind bereits jetzt im Meer. Jedes Jahr kommen fünf bis 13 Millionen Tonnen hinzu, haben Fachleute der University of California und der University of Georgia errechnet. Das entspricht einer Lastwagenladung pro Minute. Im Jahr 2050 könnte die Menge an Plastik die der Fische übersteigen, heißt es in einer vom Weltwirtschaftsforum in Auftrag gegebenen Studie.

Zeit zum Handeln, meint die Europäische Union. Am Mittwoch haben sich die EU-Mitgliedsstaaten mit dem Europaparlament darauf geeinigt, Ernst mit dem im Frühjahr angekündigten Verbot von Wegwerfartikeln zu machen. Ab 2021 sollen Plastikteller, Plastikbesteck oder Trinkhalme aus dem Handel verschwinden, die oft in der Umwelt landen und über Jahrzehnte nicht abgebaut werden. „Diese Vereinbarung hilft wirklich, unsere Menschen und unseren Planeten zu schützen“, schreibt nun EU-Kommissionsvize Frans Timmermans.

Nordseeeinseln schwimmen im Plastikmüll, bei Wattwanderungen knirschen Kunststoffteile unter den Füßen. Die Ufer des Mittelmeeres gleichen Müllkippen. Von Australien bis Bali reiten Surfer auf Müll-

### Kampf dem Müll: Das ändert sich zum 1. Januar

Ob Plastik, Pappe oder Alu – jeder hat ständig Verpackungen in der Hand, und nach dem Aufreißen landen sie meist direkt im Abfall. Das Verpackungsgesetz, das am 1. Januar in Kraft tritt, soll dafür sorgen, dass mehr davon recycelt wird. Eine Auswahl der wichtigsten Neuerungen:

**Mehrweg-/Einweg-schilder:** An Getränke-regalen müssen künftig gut lesbare Schilder mit

den Hinweisen „Mehrweg“ und „Einweg“ hängen. Für Einwegverpackungen mit Frucht- und Gemüseanteilen mit Kohlensäure und Mischgetränke mit mehr als 50 Prozent Molkeanteil werden zudem 25 Cent Pfand fällig.

**Onlinehandel:** Auch Onlinehändler müssen künftig ihre Verpackungen registrieren lassen und dafür Lizenzgebühren zahlen. Das gilt auch für die Umverpackung.

**Recycling:** Die Recyclingquoten werden in zwei Schritten angehoben. Für Glas, Papier, Eisenmetalle und Alu steigen sie bis 2022 auf 90, für Getränkekartons auf 80 und für Kunststoffe auf 63 Prozent.

**Kontrolle:** Eine zentrale Stelle kontrolliert das System. Wer Verpackungen auf den Markt bringt, muss sich dort registrieren. Bei Verstößen drohen Bußgelder und Vertriebsverbote.



## Verboten: Ballonstange

Warum ein Luftballon an einem Plastikstängel befestigt werden muss, hat sich den meisten Menschen ohnehin nie erschlossen. Demnächst gilt in ganz Europa: Ballons schweben an der Schnur – oder gar nicht.

# Ein Plan zum Wegwerfen

Die EU macht Ernst: Das Ende von Einweggeschirr, Wattestäbchen und Trinkhalm aus Plastik ist beschlossen. Ein guter Anfang? Oder zu wenig, zu spät? 13 Millionen Tonnen Plastik landen jedes Jahr im Meer. Ein Bericht von der größten Müllkippe der Welt.



Diese Vereinbarung hilft wirklich, unsere Menschen und unseren Planeten zu schützen.

Frans Timmermans, EU-Kommissionsvize

wellen, Taucher sehen bald mehr Plastikflaschen als Meeresbewohner, die ohnehin durch den Klimawandel gebeutelten Mangroven und Korallenriffe ersticken im Plastik – buchstäblich. In den fünf riesigen Müllstrudeln der Ozeane – im Nord- und Südpazifik, im Nord- und Südatlantik und im Indischen Ozean – drehen Millionen Tonnen von Abfall ihre Runden.

Die Folgen sind verheerend. Weltweit sterben jährlich eine Million Vögel und 100 000 Meeressäugtiere am Plastikmüll in unseren Meeren, berichtet der Umweltverband WWF. Längst Sinnbild der Plastikpest sind all die Bilder von gestrandeten Walen, die Wagenladungen von Müll im Magen haben. Arktis-Forscherin Lutz berichtet auf ihrem Blog, wie Eisbären und Seelöwen mit tödlichen Schlingen kämpfen. „Wenn Sie das einmal gesehen haben, werden Sie die Bilder nie wieder los“, sagt sie.

Allerdings macht der sichtbare Müll gerade einmal einen Bruchteil von dem aus, was im Meer schwimmt. Nahezu der ganze Plastikmüll verschwindet irgendwann von der Oberfläche in die Tiefen. Auch Plastikarten, die leichter sind als Wasser, sinken ab, wenn sich Muscheln und Algen an ihm festsetzen und ihn in die Tiefe ziehen. Durch UV-Strahlung, Wellen und Sauerstoff zerfällt das Plastik zudem in immer kleinere Teilchen, sie verklumpen mit Mikroorganismen und fallen als Bestandteil des „Marine Snow“ (maritimer Schnee) auf den Boden. An einigen Stellen in den Weltmeeren gibt es Studien zufolge bereits 60-mal so viel Plastik wie Plankton.

Fische fressen dieses Mikroplastik, also Kunststoffpartikel, die kleiner als fünf Millimeter sind. Nach bisherigen Erkenntnissen reicht sich der Müll aber nicht in den Mägen an, vielmehr wird er mit dem Kot der Fische



Einsatz in der Arktis: Expeditionsleiterin Birgit Lutz ist dem Müll auf der Spur.

FOTO: IMAGO





### Verboten: Einweggeschirr

Leer gegessen, weggeschmissen – das gibt's auch weiterhin. Statt auf Plastiktellern soll das Partyessen aber nur noch umweltfreundlich serviert werden, auf Bambus oder Palmblattschalen etwa. Effekt: Der Verband Industrievereinigung Kunststoffverpackungen schätzt, dass jährlich etwa 40 000 Tonnen Einweggeschirr im Müll landen – 40 000 Tonnen Plastikmüll werden also allein in Deutschland eingespart.

FOTO: AOPSAN/ISTOCK



### Verboten: Plastikbesteck

Was für Einwegteller gilt, gilt auch für Einwegbesteck – das Plastikmesser ist Geschichte. Der Einspar-effekt ist hier gleich doppelt: Denn die meisten Bestecksets an Imbiss-buden und in Flugzeugen sind auch noch – hygienisch einwandfrei – in Plastikfolie eingeschweißt.

FOTO: KINGJON/ISTOCK



### Verboten: Rührstäbchen

Die knallorange Giraffe an der Cocktailbar hat ausgedient. Rührstäbchen aus Plastik sind generell verpönt – ob chic im Martini-glas oder in der schlichten weißen, an einem Ende durchlöcherter Variante als Beigabe zum Mitnehmkafee oder -smoothie. Alternative? Der elegante Cock-tailrührer aus Edelstahl – oder ein schlichtes Holzlöffelchen.

FOTO: LUXTEK/ISTOCK

wieder ausgeschieden und sinkt auf den Grund.

Wie sich die Verschmutzung in der Tiefsee auf das Ökosystem auswirkt, sei aber bislang kaum erforscht, sagt Lars Gutow, Biologe und Experte für Meeresverschmutzung am Alfred-Wegener-Institut (AWI) Helmholtz-Zentrum für Polar- und Meeresforschung in Bremerhaven. Erste Versuche unternahm er und Kollegen mit Meerasseln. Dabei zeigte sich, dass die Kriebstiere die Partikel „wie natürliche Nahrung in sich hineinschaulen“, diese jedoch dank eines ausgeklügelten Filtersystems im Magen direkt wieder ausschieden. Alles also halb so wild? Nicht für Gutow: „Jeder Organismus reagiert anders.“

Plastik kann zum Beispiel in bestimmten Kleinsttieren Stress auslösen, der normalerweise als Abwehrreaktion auf schädliche Bakterien und Viren auftritt. Doch er könne sich ebenso gegen die Tiere selbst wenden. Miesmuscheln etwa reagierten auf hohen Kunststoffkonsum mit Entzündungen. Bisher seien die Folgen zu vernachlässigen, sagt Gutow, und betont: „Bisher.“

Aber was passiert auf längere Sicht? Der Wissenschaftler sitzt in seinem Büro an der Bremerhavener Doppelschleuse, vor ihm kräuselt sich die Weser. Er wirkt besorgt: „Das Zeug ist überall da draußen. Wir pumpen in wahnsinnig schnel-

ler Zeit unglaubliche Mengen Plastikmüll ins Meer. Die Umwelt und die Organismen haben überhaupt keine Möglichkeit, sich daran anzupassen.“

Dabei hat das Kunststoffzeitalter seinen Gipfel noch nicht erreicht. Seit den Sechzigerjahren hat sich die globale Produktion verzwanzigfacht, derzeit werden 335 Millionen Tonnen pro Jahr hergestellt. Mehr als ein Drittel wird allein für Verpackungen verwendet. Experten gehen davon aus, dass sich die Produktionsmenge in den nächsten 20 Jahren noch einmal verdoppeln wird, wenn es so weitergeht. Laut offiziellen Schätzungen gelangt jede dritte Verpackung in die Umwelt, hauptsächlich in die Meere. Achtlos weg-geworfene Chipstüten und Plastikflaschen werden vom Wind in die Flüsse geweht, Unrat wird mutwillig in Gewässern entsorgt – und von dort gelangt er irgendwann in die Ozeane.

Arktis-Expertin Birgit Lutz hat einmal 8642 mitgebrachte Stücke Müll aufwendig analysieren lassen. Das Ergebnis: Der meiste in der Arktis gefundene Abfall stammte originär aus Russland, gefolgt von Dänemark, Norwegen und Deutschland. Bei gut einem Drittel handelte es sich um Abfall von Fischerbooten.

Zwar gelten die südostasiatischen Länder als größte Plastik-sünder weltweit, vor allem wegen unzu-

### Verboten: Styroporboxen

Hält schön warm, ist schön leicht – aber leider ein millionenfacher Umweltsünder. Obwohl er zu 98 Prozent aus Luft besteht. Backhähnchen, Currywurst oder Asianudeln dürfen künftig nicht mehr in der Schachtel aus expandiertem Polystyrol nach Hause getragen werden. Denn es braucht genau ein halbes Jahrhundert, bis ein simpler Styroporbecher, aus dem ein einziger heißer To-go-Kaffee getrunken wurde, komplett wieder abgebaut ist.



FOTO: AOPSAN/ISTOCK

### Verboten: Plastikhalme

Früher hießen sie Strohhalme, dann Trinkhalme – und bald womöglich Nudelhalme, Metallhalme, Bambushalme. Oder wieder Strohhalme. Mit dem kunterbunten Plastik ist jedenfalls Schluss, es gibt vielfältige Alternativen. Effekt: Allein in Deutschland wird es rund 40 Milliarden Plastikhalme weniger geben. Jährlich. In Großbritannien, wo das Verbot bereits gilt, sind es 8,5 Milliarden.



FOTO: ALTAYBI/ISTOCK

reichender Entsorgungssysteme. Doch was die Herstellung angeht, stehen die Europäer nach China an zweiter Stelle. Bis vor Kurzem haben sie den Großteil ihres Kunststoffmülls nach China verschifft – bis Peking die Einfuhr stoppte. Am Massentourismus und Fischfang, beides Industrien mit intensivem Plastikverbrauch, tragen die Europäer sowieso einen guten Anteil.

Das soll sich jetzt zumindest teilweise ändern. Die EU-Kommission verspricht sich von dem Einweg-plastik-Verbot und höheren Recyclingquoten insgesamt große Umweltvorteile. Die Pläne sollen den Ausstoß von Kohlendioxid um 3,4 Millionen Tonnen verringern. Bis 2030 könnten Umweltschäden im Wert von 22 Milliarden Euro vermieden werden, hieß es. Und: Verbraucher könnten bis zu 6,5 Milliarden Euro sparen. „Ich glaube, es ist uns hier wirklich etwas Einzigartiges gelungen, wir sind weltweit Vorreiter“, sagte die österreichische Umweltministerin und Verhandlungsführerin Elisabeth Köstinger erleichtert am Mittwochmorgen in Brüssel. „Das ist ein sehr, sehr wichtiges Signal dagegen, dass die Plastikverschmutzung mittlerweile wirklich immens un sich greift.“

Tatsächlich entdecken Forscher immer neue, bedrohliche Auswirkungen der Plastikflut. Biologe Gutow beobachtet etwa mehr Kleinst-tiere und Bakterien, die sich vom Plastikmüll über die Ozeane in andere Länder tragen lassen. Diese „Seefahrer“ könnten zum Teil jahrelang auf potenziellen Flößen wie Zahnbürsten oder Müllpontons überleben und sich sogar vermehren, bis sie vor anderen Küsten Fuß fassen. „Der Plastikmüll schafft sozusagen Autobahnen für Organismen über die Ozeane, ermöglicht vor allem in äquatorialen Gegenden eine effiziente Verbreitung, die zuvor nicht möglich war“, sagt Gutow.

So hat es beispielsweise eine Meerassel, die in ihrer Form an eine Kakerlake erinnert, vom wärmeren Atlantik in die Algenwälder vor Helgoland geschafft. Vor der Nordseeinsel findet man mittlerweile etliche der metallisch glänzenden Asselart „Idotea metallica“. Was sich ein wenig nach Kolumbus-Romantik anhört, könnte fatale Folgen haben: Die Eindringlinge verändern Ökosysteme, beeinflussen die Nahrungsketten und schleppen Krankheitserreger in weit entfernte Gebiete ein – und sind so schwimmende Zeitbomben.

# Bundeskabinett hofft auf freiwillige Zuckersenkung

Anders als beim EU-Plastikverbot will die Regierung die Industrie im Kampf gegen Übergewicht nicht zum Umsteuern zwingen

Von Sascha Meyer

Weniger Zucker im Kindermüsli, nicht mehr so viel Salz in der Tiefkühlpizza: Die Bundesregierung wünscht sich konkrete Schritte im Kampf gegen krankhaftes Übergewicht – und will erreichen, dass möglichst viele Fertigprodukte bis zum Jahr 2025 nach und nach neue Rezepturen bekommen. Auf Initiative von Ernährungsministerin Julia Klöckner (CDU) geht sie dabei allerdings deutlich zurückhaltender mit der Industrie um, als es die EU-Kommission gerade mit ihrem Plastikverbot tut.

Das Bundeskabinett will bewusst nicht zu gesetzlichen Regeln greifen, sondern hat stattdessen an diesem Mittwoch die „Reduktions- und Innovationsstrategie“ von Julia Klöckner verabschiedet. Der umstrittene Plan der Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft: Die Hersteller von Fertiggerichten sollen ausschließlich durch freiwillige Absprachen zum Umlenken gebracht werden.

Von Verbraucherschützern kam teils scharfe Kritik an dem Modell auf freiwilliger Basis. Klöckner sagte am Mittwoch in Berlin, sie wolle ganz bewusst auf Selbstverpflichtungen setzen und nicht auf starre gesetzliche Maßnahmen und „Einheitsrezepte“. Dabei gelte für die Zielvereinbarungen mit den beteiligten Branchen: „Jeder muss liefern, und jeder wird auch liefern.“

Nachdem bereits ein erster Anlauf in der vergangenen Wahlperiode angesichts massiver Widerstände der Wirtschaft gescheitert war, ziehe die nun mit, so Klöckner. Es werde sogar einen „Positivwettbewerb“ der Anbieter geben, prophezeite die Ministerin. Erreicht werden soll die schrittweise Reduzierung über Vereinbarungen bis zum Jahr 2025. Dafür liegen nun erste konkrete Ziele vor, die Hersteller erfüllen wollen.

### 15 Prozent weniger Zucker

So sollen zum Beispiel Kinderjoghurts mit mindestens 10 Prozent weniger Zucker auskommen. Der Zuckergehalt in Erfrischungsgetränken wie Limonaden und Cola soll um 15 Prozent herunter, in Frühstückscerealien für Kinder sogar um mindestens 20 Prozent. Brot mit besonders hohem Salzgehalt soll eine neue Rezeptur bekommen, auch Fertigpizzen sollen nach und nach weniger Salz enthalten – konkret beziffert ist diese Senkung allerdings noch nicht.

Die Verbraucherorganisation Foodwatch kritisierte, Klöckner belasse es trotz massiver Gesundheitsprobleme noch immer dabei, bei der Industrie „bitte, bitte“ zu sagen. Die freiwillig gesetzten Ziele seien viel zu lasch, sagte Geschäftsführer Martin Rucker:

„Überzuckerte Frühstücksflocken mit 20 Prozent weniger Zucker bleiben immer noch überzuckerte Frühstücksflocken.“

Der Chef des Bundesverbands der Verbraucherzentralen (VZBV), Klaus Müller, sagte, der Versuch – mit Selbstverpflichtungen schnelle Fortschritte zu erzielen, verdiene eine Chance. Bisherige Erfahrungen gäben aber Anlass zu Skepsis. Vieles sei noch vage und müsse konkreter werden – nicht nur im Fall der Lebensmittel für Kinder.

### Onlineportal zur Kontrolle

Starten soll die Umsetzung ab Anfang 2019, wie das Ernährungsministerium plant. Fortschritte sollen dann regelmäßig überprüft, dokumentiert und darüber hinaus auch über eine Internetplattform transparent gemacht werden.

Inwiefern Kunden dort konkret nach „ihrer“ Pizza suchen können oder nur allgemeinere Angaben gemacht werden, steht bislang noch nicht fest. Eine erste Zwischenbilanz soll aber im Herbst gezogen werden, hieß es aus dem Ministerium. Ausgangs- und Vergleichsbasis sollen dabei Daten des bundeseigenen Max-Rubner-Instituts für Ernährung und Lebensmittel sein, die den Stand von 2016 darstellen. Das Institut hat eine Datenbank zum Energie- und Nährstoffgehalt von 12500 oft gekauften und vorgefertigten Produkten. Zudem wurde in diesem Jahr vorsorglich der Zuckergehalt von 1750 Erfrischungsgetränken registriert.

Dass wegen ungesunder Fertignahrung auch in Deutschland Handlungsbedarf besteht, bestreitet kaum jemand. Hierzulande gelten dem Ministerium zufolge bereits 47 Prozent der Frauen, 62 Prozent der Männer und immerhin schon 15 Prozent der Kinder als übergewichtig. Zu viel Zucker, Fett und Salz erhöhen das Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Diabetes. Mediziner und Verbraucherschützer fordern seit Langem ein stärkeres Gegensteuern etwa mit Werbebeschränkungen oder Extrasteuern.

Der Spitzenverband der Lebensmittelwirtschaft wies darauf hin, dass die Reduktion eine enorme Herausforderung sei, wenn Qualität und vor allem Geschmack erhalten bleiben sollen. Dass das Ministerium bei nicht zufriedenstellenden Ergebnissen weitere Schritte ins Auge fasst, sehe man deshalb „sehr kritisch“.

Die Grünen-Ernährungsexpertin Renate Künast sprach dagegen von einem „Geschenk der Bundesministerin an die Lebensmittelkonzerne“. Derweil nannte FDP-Fraktionsvize Frank Sitta freiwillige Selbstverpflichtungen „durchaus den richtigen Weg“.



„Überzuckert bleibt überzuckert“: Die freiwillige Reduzierung um einige Prozent geht vielen Kritikern nicht weit genug. FOTO: MONIKA SKOLIMOWSKA/DPA